

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Vogler, Jan Korte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Dr. André Hahn, Ina Latendorf, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Regelmäßige Datenerhebung zur sozialen Lebenslage queerer Menschen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von den Koalitionsparteien avisierten Vorhaben und Gesetzentwürfe werden die Lebenswelt queerer Menschen hoffentlich positiv verändern. Viele Menschen werden mehr Rechte erlangen. Doch die Lebenswelt queerer Menschen ist nur ungenügend erforscht. Es fehlt an validen Daten z. B. zu Einkommen, Familienverhältnissen, Diskriminierungen, Einstellungen und Lebensstrategien queerer Menschen. Um festzustellen, wie die Vorhaben und Gesetze queere Lebenswirklichkeit verändern, ist es notwendig dies mit einer auskömmlich finanzierten und regelmäßig wiederholten Studie zu begleiten. So sind queere Menschen verstärkt von Altersarmut bedroht (www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der_Siebte_Altenbericht.pdf). Um zukünftige Gesetzesvorhaben und gezielte Unterstützungen auch an queeren Menschen mit einem geringeren sozioökonomischen Hintergrund auszurichten, ist es notwendig ihre soziale Lebenslage zu kennen und regelmäßig den Veränderungsprozess zu beobachten. Zwar sieht der vom Bundeskabinett am 18. November 2022 verabschiedete Aktionsplan „Queer leben“ eine Studie vor, doch ist diese nicht finanziell quantifiziert, es ist nicht festgelegt, dass diese regelmäßig wiederholt wird und es wird nicht explizit auf den sozioökonomischen Hintergrund queerer Menschen verwiesen (www.bmfsfj.de/resource/blob/205126/857cb513dde6ed0dca6759-ab1283f95b/aktionsplan-queer-leben-data.pdf, S. 6).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine mit jeweils mindestens zwei Millionen Euro finanzierte Studie zur sozialen Lebenslage queerer Menschen zu beauftragen, deren Ergebnisse alle drei Jahre dem Deutschen Bundestag vorzulegen sind.

Berlin, den 25. April 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

